

Regierungsratsbeschluss

vom 31. Oktober 2005

Nr. 2005/2209

KR.Nr. SGB 118/2005 **PB 45**

**Legislaturplan 2005 – 2009 und Vollzugskontrolle zum Regierungsprogramm 2001 – 2005;
Stellungnahme des Regierungsrates zum Antrag der Justizkommission vom 1. September 2005 (DdI01)**

1. Antragstext

In den Legislaturplan 2005–2009 soll ein weiterer politischer Schwerpunkt aufgenommen werden: «Öffentliche Sicherheit».

Folgende Ziele sollen angestrebt werden:

- Rasche Konkretisierung des Projektes Schachen/Schöngrün
- Strafvollzug / Polizei / Stärkung der öffentlichen Sicherheit

2. Begründung

Die Kommission will, dass diese Punkte gewährleistet und intensiv verfolgt werden.

3. Stellungnahme des Regierungsrates

3.1 Antrag 1. Ziel: Rasche Konkretisierung des Projektes Schachen/Schöngrün

Wir sind bereit, die Zusammenlegung der Anstalten Therapiezentrum Im Schache und Strafanstalt Schöngrün rasch voranzutreiben, bzw. die allgemeineren (aber inhaltlich identischen) Forderungen zu erfüllen, den Strafvollzug zu stärken bzw. zu optimieren. Wir haben unsere Haltung zu diesem Geschäft in der Beantwortung des Auftrages Markus Grütter (FdP/JL, Biberist) und Hans Leuenberger (FdP/JL, Nennigkofen) eingehend dargelegt. Der Vorstoss wurde entsprechend einem Kompromiss zwischen Regierungsrat und Justizkommission am 15. Dezember 2004 einvernehmlich überwiesen (Geschäft Nr. A 201/2003). Das Projekt befindet sich deshalb bereits in der Phase der Umsetzung und liegt im vorgesehenen Zeitplan. Mit der Zusammenlegung wird die Forderung nach der Stärkung der öffentlichen Sicherheit hinsichtlich Strafvollzug bzw. nach Optimierung des Strafvollzuges erfüllt. Diese Forderungen sind inhaltlich deckungsgleich. In den in die Legislaturperiode fallenden Jahren soll der Wettbewerb durchgeführt und das definitive Projekt ausgewählt werden (für das dann später beim Kantonsrat ein Objektkredit beantragt werden wird, der der Zustimmung des Volkes bedarf). Das Legislaturziel heisst deshalb: Bestimmung des Projektes, das realisiert werden soll.

3.2 Antrag 2. Ziel: Strafvollzug / Polizei / Stärkung der öffentlichen Sicherheit

Von Bedeutung in der Legislaturperiode ist hier primär die Frage nach der Aufstockung der Polizei durch Personen in der Funktion von polizeilichen Sicherheitsassistenten/-innen. Wie im Rahmen der politischen Diskussion gewünscht, wird das Projekt in der Form einer Revision des Gesetzes über die Kantonspolizei behandelt. Das Legislaturziel heisst deshalb: Schaffung der Rechtsgrundlagen für polizeiliche Sicherheitsassistenten/innen.

4. Antrag des Regierungsrates

Zustimmung mit folgendem Wortlaut:

Als neuer Schwerpunkt ist „7. Öffentliche Sicherheit gewährleisten“ mit folgenden Wirkungszielen und Massnahmen im Legislaturplan aufzunehmen:

- unter Punkt 7.1 ist das Wirkungsziel „Strafvollzug optimieren“ mit der Massnahme „Rasche Umsetzung der Strategie 2002: Zusammenlegung der Strafanstalt Schöngrün mit Therapiezentrum IM SCHACHE“ aufzunehmen;
- unter Punkt 7.2 ist das Wirkungsziel „Stärkung der öffentlichen Sicherheit“ mit der Massnahme „Schaffung der Rechtsgrundlage für Polizeiliche Sicherheitsassistenten, um die polizeiliche Präsenz zu erhöhen“ aufzunehmen;
- unter Punkt 7.3 ist Wirkungsziel „Reduktion oder Verhinderung von Gewaltphänomenen (Jugend, Sportveranstaltungen, sozialer Nahraum etc.) durch Problemidentifizierung und -lösung in Zusammenarbeit mit anderen Stellen“ mit der Massnahme „Ausbau und Institutionalisierung der Kontakte zwischen Polizei und Gemeinden, Institutionen und gesellschaftlichen Gruppierungen (Jugend, Ausländer, etc.)“ aufzunehmen.



Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

Vorberatende Kommission

Spezialkommission

Verteiler

Amt für öffentliche Sicherheit
Polizei
Bau- und Justizdepartement
Aktuarin Spezialkommission (scs)
Aktuarin JUKO
Parlamentdienste

Traktandenliste Kantonsrat